



Stellungnahme zum Antrag Nr. AT/0043/2019

| | | | |
|--|--------------------------------------|---------------------------------------|---------------------------------------|
| Vorlage: ST/0067/2019 | | Datum: 21.03.2019 | |
| Oberbürgermeister | | | |
| Verfasser: | 10-Amt für Personal und Organisation | Az.: 10/La. | |
| Betreff: | | | |
| Antrag der SPD-Ratsfraktion: Neues Teilhabegesetz | | | |
| Gremienweg: | | | |
| 28.03.2019 | Stadtrat | <input type="checkbox"/> einstimmig | <input type="checkbox"/> mehrheitl. |
| | | <input type="checkbox"/> abgelehnt | <input type="checkbox"/> Kenntnis |
| | | <input type="checkbox"/> verwiesen | <input type="checkbox"/> vertagt |
| | | <input type="checkbox"/> Enthaltungen | <input type="checkbox"/> Gegenstimmen |
| | TOP | öffentlich | |

Stellungnahme:

Derzeit wird die Umsetzung des zum 01.01.2019 in Kraft getretenen Teilhabechancengesetzes

- § 16e SGB II Eingliederung von Langzeitarbeitslosen und
- § 16i SGB II Teilhabe am Arbeitsmarkt

innerhalb der Stadtverwaltung Koblenz unter Beteiligung verschiedener in Betracht kommender Beschäftigungsämter geprüft.

Hierzu fand unter Federführung des Amtes für Personal und Organisation ein erstes Abstimmungsgespräch mit der Geschäftsführung des Jobcenters Stadt Koblenz sowie verschiedenen städtischen Organisationseinheiten statt.

Mögliche Einsatzgebiete werden in folgenden Bereichen gesehen und befinden sich derzeit noch bei diesen Organisationseinheiten in der Prüfung:

- Sport- und Bäderamt (z.B. Pflegearbeiten an Sportplätzen)
- Eigenbetrieb Grünflächen- und Bestattungswesen (z.B. Pflege von Friedhöfen),
- Eigenbetrieb Kommunaler Servicebetrieb Koblenz (z.B. Unterhaltungsarbeiten an Plätzen, Straßen, Wegen, etc.)
- Eigenbetrieb Stadtentwässerung (z.B. Bachunterhaltung, Pforte Klärwerk, etc.)
- Zentrales Gebäudemanagement
- Kultur- und Schulverwaltungsamt (z.B. Aufsichtskräfte Schulen)
- Amt für Personal und Organisation (z.B. Poststelle)

Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung wird dem Stadtrat für seine Sitzung am 16.05.2019 eine Vorlage unterbreiten, wonach dieser die Verwaltung beauftragt, das neue Förderinstrument §16e und §16 i SGB II in Anspruch zu nehmen und geeignete Beschäftigungsfelder zu suchen.